



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Berlin den 6. April. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Geheimen Regierungsrath Arzberger zu Gotha, so wie dem Dechanten und katholischen Pfarrer Winzen zu Dahlen, im Regierungs-Bezirk Düsseldorf, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Hauptmann a. D. Ulich, dem Forstmeister Vorchmeyer in Hausberge bei Minden, dem Hauptmann a. D. Schönebeck, dem Prediger Steinbrück zu Stoltenhagen bei Alt-Stettin, so wie dem Kreis-Wundarzte und Fürstlich Solms'schen Land-Chirurgus Horn zu Braunsfels, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; desgleichen dem Unteroffizier Stabion vom 2ten kombinierten Reserve-Bataillon und dem Hornisten Praß der Garde-Artillerie-Brigade die Rettungs-Medaille am Bande; so wie dem Land- und Stadtrichter Lieber zu Soldau den Charakter als Justiz-Rath; und dem Stadtgerichts-Deposital-Regenten Meier zu Königsberg i. Pr. den Titel als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Se. Durchlaucht der Fürst Ludwig zu Solms-Lich und Hohen-Solms, ist von Lich, der Fürst zu Lynar, von Drehna, der General-Major und Kommandant von Küstrin, von Corvin-Wiersbicki, von Stargard, der General-Major und Inspektor der 1ten Artillerie-Inspektion, von Frankenberg, von Stettin, und der General-Major und Commandeur der 6ten Kavallerie-Brigade, von Hanneken, von Torgau hier angekommen. — Der General-Major und Commandeur der 3ten Landwehr-Brigade, von Hirschfeld, ist nach Stettin abgereist.

(Der Zoll-Verein und die Preussische Verfassung.) — Eine norddeutsche Zeitung weist auf die Hoffnungen hin, die sich für den Zollverein an die Preussische Verfassung knüpfen. Nachdem das erwähnte Blatt auf das neue Band der Einheit hingewiesen, das Deutschland durch den Zollverein gewonnen, fährt es fort: „Vom andern Standpunkt aus betrachtet ist aber durch den Zoll-Verein allerdings eine bedenkliche Beschränkung bereits erworbener Volksrechte für viele der Vereinigten Staaten herbeigeführt worden. Der Schwerpunkt des ganzen constitutionellen Systems liegt in dem Steuerbewilligungsrechte der Stände und dieses erleidet dadurch, daß die Zollsätze des Zollvereinstarifs ohne Mitwirkung der Stände festgesetzt werden, eine erhebliche Schmälerung. Erfolgt auch später eine Vorlage des Zolltarifs, so sind doch die Stände in den meisten Fällen durch eine Art moralischen Zwanges genöthigt, dasselbe als ein fait accompli ohne Weiteres zu genehmigen, da sie nicht wohl etwas daran zu ändern vermögen, wenigstens jeder derartige Versuch bedeutende direkte Nachteile mit sich führen würde. Ferner sieht den Ständen der meisten constitutionellen Staaten eine Theilnahme bei dem Abschlusse von Verträgen mit anderen Staaten zu. Für den Zollverein aber leitet alle diplomatischen Unterhandlungen Preußen; den übrigen Staaten bleibt nur das Recht der Ratification der Verträge, die in den meisten Fällen durch die Macht der bestehenden Verhältnisse zur bloßen Form herabsinkt. Diese Bestimmungen haben von vornherein selbst in den Vereinsländern vielfache Anfechtung erfahren, in fast allen Kammern wurden sie von den Gegnern des Anschlusses mit Nachdruck hervorgehoben. Indessen machten die Umstände, unter welchen die Einigung meist zu Stande kam, eine Aenderung dieser Verhältnisse mindestens sehr schwierig. Das an der Spitze des Vereins stehende Preußen, bis dahin absolute Monarchie, konnte in diesem wichtigen Punkt nicht leicht zur Abweichung von seinem politischen Principe gebracht werden. Es blieb also nur die Wahl übrig, entweder den Wohlthaten, welche die wirtschaftliche Einigung mit sich brachte, zu entsagen oder sich diese Beschränkung gefallen zu lassen. Zudem hielt man auch diese Einrichtung fast für nothwendig, wenn der Verein im Stande sein sollte, die wichtigen Maßregeln der Volkswirtschaftspolitik mit Entschiedenheit und Energie auszuführen. Immer blieben jedoch die Besorgnisse, welche aus jenen Beschränkungen erwuchsen, der wichtigste Grund, welcher neben der Verschiedenheit der Ansichten über

die einzuschlagende Wirtschaftspolitik die übrigen Deutschen Staaten bisher abgehalten, dem Vereine beizutreten. In neuerer Zeit hat sich auch mit stets größerer Augenscheinlichkeit herausgestellt, daß die gehofften günstigen Wirkungen der bestehenden Einrichtungen keineswegs eingetreten sind. Im Gegentheil lassen sich eine Menge Schritte nachweisen, welche den gemeinsamen Interessen nichts weniger als förderlich gewesen und gegen die sich auch sofort die Volksstimmen erhoben. Die aus dem Dunkel der Cabinette plötzlich hervortretenden Maßregeln des Vereins schienen oft nur darum den Forderungen der wahren Volkswirtschaftspolitik so wenig zu entsprechen, weil sie von einer den Bedürfnissen und Erfahrungen des praktischen Lebens fern stehenden Bureaucratie gefaßt waren. Zu wiederholtenmalen wurde daher neuerdings in verschiedenen Kammern das Verlangen laut, daß wenigstens die zu den Zoll-Congressen abzusendenden Deputirten nicht wie bisher von den Regierungen allein, sondern auch von den Ständen die Instructionen erhielten. So lange indeffen Preußen in seiner früheren politischen Stellung blieb, schien ein Eingehen auf dieses Verlangen fast unmöglich, der Verein selber aber dadurch bei dem immer stärker werdenden Widerspruch im Innern der Gefahr des Zerfalles entgegen zu gehen. Schon mehrmals erhoben sich Stimmen, die das Austrreten einzelner Staaten drohten. Die am 3. Februar Preußen ertheilte Verfassung ist es nun, welche auf diesem Gebiete die wichtigsten Folgen herbeizuführen verspricht. Zwar ist den Ständen das Bewilligungsrecht für die sogenannten indirecten Steuern bis jetzt ausdrücklich entzogen, sie können also nicht etwa durch die Budgetberathung, wie in den übrigen Staaten mit constitutioneller Verfassung es möglich ist, unmittelbaren Antheil an der Leitung der Vereinsangelegenheiten für sich beanspruchen. Indessen sind darum doch andere Wege nicht verschlossen, auf denen eine Mitwirkung der Stände zu erreichen ist. Es ist zum wenigsten ein Organ vorhanden, durch welches der Wunsch des Landes sich manifestiren kann, so daß also hierüber kein Zweifel bleibt. Ueberhaupt ist ja das durch die Verordnung vom 3. Februar Ertheilte nur als Fundament zu betrachten, auf welchem sich der Bau der neuen Preussischen Staatsverfassung erheben wird, und an diesem wird gewiß die so wichtige Leitung der volkswirtschaftlichen Interessen eine Hauptaufgabe bilden. Zudem ist auch schon von wie es scheint glaubwürdiger Seite her darauf aufmerksam gemacht, daß wahrscheinlich die Angelegenheiten des Zollvereins mit unter den Gegenständen sein werden, welche den nächsten zusammentretenden Preussischen Ständen zur Berathung vorgelegt werden. In deren Händen wird denn also zu einem guten Theil die Entscheidung der Frage ruhen, ob der Zollverein durch eine den Anforderungen der Gegenwart entsprechende Umgestaltung ein neues Lebensprincip gewinnen soll, vermöge dessen er auch die ihm jetzt noch ferne Strehenden zu sich heranzuziehen vermag, ob er wirklich das werden soll, was Viele von ihm erwarten, nämlich die materielle Grundlage der Deutschen Einheit, oder ob er die schönen Hoffnungen täuschend auf dem halben Wege seiner Entwicklung stehen bleiben und dann wieder allmählig dahinschwinden soll. Denn auch für den Zollverein ist die Ertheilung einer Verfassung, die so beschaffen ist, daß die wahren Interessen aller Betheiligten in gehöriger Weise vertreten sind, zur Lebensfrage geworden. Ist diese gelöst, so wird es nicht mehr schwierig sein, die Verschiedenheit der Ansichten über die einzuschlagenden einzelnen praktischen Maßregeln auszugleichen, es wird sich das System der Volkswirtschaftspolitik Bahn brechen und allgemeine Anerkennung verschaffen, welches allen Vereinigten gemeinam zum Besten dient. Und ist nur einmal die Möglichkeit gegeben, wahrhafte Unterhandlungen zu führen, ist nicht bloß die Wahl gestellt, entweder die einseitig gefaßten Bedingungen des Anschlusses ohne Weiteres anzunehmen oder zu verwerfen, so werden auch schon die früher nicht hinwegzuräumenden Hindernisse verschwinden, welche die übrigen Staaten vom Beitritte abhielten.“

Berlin den 6. April. Das Postamtsblatt enthält eine vom 27. März datirte Verordnung, durch welche die heimliche Mitnahme uneingeschriebener Personen auf den Posten streng verboten wird. Den Gendarmen ist die Ermächtigung

ertheilt worden, bei allen Posten-Gattungen unterwegs den Personenzettel einzusehen, und sich zu überzeugen, ob der vorhandene Personenzettel wirklich eingetragen ist. Jeder Schirmmeister, Condukteur oder Postillon, welcher sich noch ferner eines solchen Vergehens schuldig macht, hat zuerst das defraudirte Geld, dann die Angeberlohnung von 6 Thln. zu zahlen, bekommt eine Gefängnißstrafe und wird aus dem Dienst entlassen.

Man schmeichelt sich, mit dem 1. Juli d. J. schon eine neue Ermäßigung des Briefportos eintreten zu sehen.

Die Verathung über die dem Vereinigten Landtage Seitens der Stadt Berlin zu übergebenden Petitionen, welche eine auswärtige Zeitung als beendet berichtete, wird, nachdem die Petitionen von einer gemischten Deputation berathen und motivirt waren, jetzt in der Stadtverordneten-Versammlung fortgesetzt, und haben sie allerdings die gewisse Aussicht, sämmtlich angenommen zu werden. Nur eine, die auf vollständige Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens gerichtete, ist hier mit einer Majorität von zwei Stimmen durchgefallen, wird aber wahrscheinlich dennoch von einem städtischen Abgeordneten bei dem Vereinigten Landtage eingebracht werden.

Berlin. — Ein Korrespondent der Magdeburger Zeitung benachrichtigt uns, daß die Staatsverwaltung wiederum einen Antrag, die Lage der Schullehrer betreffend, an den Vereinigten Landtag bringen werde, da diese auch von der Presse unterstützte Angelegenheit bisher nicht den Erfolg gehabt habe, den man wohl habe erwarten können. Bloß die Provinz Preußen mache in dieser Beziehung eine rühmliche Ausnahme, indem sie auf die Abfertigung der Staatsregierung eingegangen sei. Die Forderung, welche die Staatsverwaltung zu Gunsten der Volksschullehrer an die Stände gestellt habe, gehe dahin, daß den Volksschullehrern wenigstens ein jährliches baares Einkommen von 100 Thlr. außer freier Wohnung gesichert werde. Diese Anforderung an die Stände sei also höchst gemäßig, so daß es den Menschenfreund fast überraschen müsse, daß die sämmtlichen Stände des Staats dieser billigen Forderung nicht schon früher entgegengekommen seien, da man in Betreff der Bedeutung der Volksschullehrer im Staate doch keine Zweifel hegen könne. Das Wahre an dieser Sache ist, wie wir durch den Königl. Schulrath Otto Schulz erfahren, folgendes. Die Regierung hat wohl seit Jahren daran gearbeitet, die Lage der Volksschullehrer zu verbessern, aber bestimmte Propositionen deshalb hat sie den Provinzialständen noch nicht gemacht. Was über den Gegenstand auf den Provinziallandtagen verhandelt worden, hat in Petitionen einzelner Lehrer, oder Lehrvereine, oder auch einzelner Städte keine Veranlassung gehabt; die Anträge haben aber nicht eine so zahlreiche Unterstützung gefunden, daß die Stände zu einer Petition an die Regierung Veranlassung gehabt hätten. Die Regierung hat nun ihre Vorschläge an die für jede Provinz besonders zu erlassende Schulordnung geknüpft, und die Umstände haben sich so gefügt, daß die Schulordnung für Preußen schon dem letzten Provinzial-Landtage vorgelegt werden konnte, während die Provinzial-Schulordnungen für die übrigen Provinzen erst dem nächsten Landtage vorgelegt werden können. Die Aufgabe, daß die Regierung für jeden Volksschullehrer ein baares Gehalt von 100 Thlr. nebst freier Wohnung u. gefordert habe, wird auch wohl einer Berichtigung bedürfen, da doch wohl zwischen Stadt- und Landschullehrern, so wie zwischen Haupt- und Hilfslehrern, ein Unterschied zu machen sein wird. Uebrigens steht die Eröffnung des Vereinigten Landtags so nahe bevor, daß wir den Erfolg wohl abwarten können.

Köln. — Man geht hier mit dem Plan um, für den mit seiner Klage gegen den Obersten v. Wobke abgewiesenen und überdies in die Kosten verurtheilten Schneidergesellen Volbermann, der ganz mittellos und durch die empfangenen Wunden für immer arbeitsunfähig geworden ist, eine Subscription zu eröffnen, um ihm wenigstens den nöthigsten Unterhalt zu verschaffen.

Ausland.

Deutschland.

Mainz den 31. März. In unserem Hafen erlebten wir so eben wieder das Schauspiel der Auswanderung einer ganzen Gemeinde unseres Großherzogthums. Die Gemeinde Pferdsdorf bei Büdingen, Provinz Oberhessen, welche, 250 Köpfe stark und darunter über 50 Kinder, ehedem mit einem Maindampfboote von Hanau aus hierher gekommen war, bestieg so eben das Düsseldorf'sche Boot „Victoria“, um damit nach Köln und von da pr. Eisenbahn nach Antwerpen zu fahren, wo sie ein schönes solides Seeschiff erwartet, um sie nach New-York zu bringen. Der Bürgermeister, Lehrer, die Beamten und sogar die Ortspolizei, welche letztere als in blühendem Zustande nicht Ursache hätte, aus Deutschland zu wandern, befinden sich an der Spitze des Zuges und hat die Gemeinde nach Bestreitung sämmtlicher bereits bezahlter Ueberzugskosten, ohne Privatvermögen noch ein baares Gemeindevermögen von 30,000 Fl., welche jenseits des Oceans zu Gemeinschaftlichen Zwecken wieder verwendet wird. Der Fürst von Büdingen hat sämmtliches Grundeigenthum zu einem guten Preise angekauft und Pferdsdorf wird künftig wohl nur noch als ein Pachtthof des besagten Fürsten auf der Karte figuriren.

Karlsruhe. — Die hiesige Zeitung, welche seit dem 1. April von dem Dr. Giehne redigirt wird, enthält eine Einleitung, worin es heißt: „Um die Stellung des Blattes im Ganzen hervorzuheben und vielleicht einer oder der anderen Frage, noch ehe sie gethan wird, entgegenzukommen, schäken wir uns glücklich, daß wir ein Schreiben veröffentlichen dürfen, welches der verantwortliche

Herausgeber die Ehre hatte, von dem Präsidenten des Ministeriums des Inneren zu empfangen. In diesen Zeilen eines Staatsmannes weht ein Geist, welcher auch mit wenigen Zügen einen politischen Charakter markirt; sie bezeichnen die Aufgabe und das Ziel, denen die hiesige Zeitung nachstreben wird, mit einer Klarheit, an welcher jeder Versuch eines Zusatzes fast als Verfindigung erschiene. Das Schreiben selbst ist folgendes:

„Hochgeehrter Herr Doktor! Morgen werden Sie die Redaktion der von Ihnen erworbenen Karlsruher Zeitung übernehmen. Ich hoffe, daß es Ihrem Talente und Ihrer patriotischen Gesinnung gelingen werde, für die edleren Zwecke der Journalistik wohlthätig mitzuwirken. Sie werden die Interessen unseres großen Deutschen Vaterlandes, wie die besonderen des Badischen Volkes, fördern helfen. Ihre Anhänglichkeit und Treue gegen den Fürsten und Ihre Ueberzeugung von den großen Wohlthaten einer durch das monarchische Element fester begründeten Ordnung einerseits, — sodann Ihr warmes Gefühl für gesellige Freiheit und für volksthümliche Entwicklung andererseits, — und überhaupt Ihr Sinn für Religiosität, für Sittlichkeit und Wahrheit, als für die Fundamente aller geordneten Gesellschaft, geben die Bürgschaft, daß Sie jenen Weg einschlagen werden, der bei der gegenwärtigen mächtigen Bewegung des öffentlichen Geistes allein geeignet ist, der Sache der Vernunft und des Rechts den Sieg zu bewahren. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, hat die Großherzogliche Regierung dem unter Ihre Leitung gekommenen Blatte mit Vertrauen auch die amtlichen Bekanntmachungen belassen, ohne aber deshalb das Blatt im Einzelnen abhängig machen zu wollen. Bernügt durch die angebotene Bürgschaft, überläßt die Regierung die Ausführung lediglich Ihnen. Sie, Herr Doktor, werden, ohne Betheiligung der Regierung, die Ehre so wie die Verantwortung des Blattes allein haben. Mit aufrichtiger Hochachtung Ihr ergebener (gez.) Vell.

Karlsruhe, den 31. März 1847.“

Aus Karlsruhe vom 27. März schreibt man dem Mannheimer Journal: „Heute Nacht patrouillirten 300 Mann von der Schützen-, Sprißen- und der Turngesellschaft in der ganzen Stadt und waren in einzelnen Wirthshäusern als ihren Standorten vertheilt, um die Stadt in Sicherheit zu halten, die nach einer Zigeunerprophezeiung am 28. März in Brand ausgehen sollte. Einzelne Familien in der Stephanien- und der Akademiestraße haben schon seit einigen Tagen ihre Wäsche u. eingepackt. Obige Patrouillen ziehen auch in der folgenden Nacht durch die Stadt.“

Frankfurt a. M. den 29. März. Wie verlautet, waren hier gestern Abend außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen, in Folge von Drohbrieffen, die ausgestreut worden seien, und in welchen man höchst verbrecherische Projekte gegen das Eigenthum angekündigt haben soll. Diese Briefe könnten wohl nur das Produkt des Wahnsinns oder der größten Bosheit sein.

München. — (M. J.) Bekanntlich gab ein gewisser Dr. Binder aus Württemberg, jetzt als Convertit in Augsburg lebend, vor wenigen Jahren unter seinem Namen ein Buch heraus: „der Protestantismus in seiner Selbstauflösung“ betitelt, das anfangs kein geringes Aufsehen machte, dessen Vaterschaft aber bald darauf von einem gewissen Herrmann Hauber in Anspruch genommen wurde. Darüber entstand nun großer Streit im literarischen Heerlager, in welchen auch Dr. Elsner, der gegenwärtige Redakteur der Ulmer Chronik mit verwickelt wurde, und der um so auffallender war, als die kämpfenden Ritter als Kämpfeszeichen die Interessen der katholischen Kirche zur Schau trugen. Besagter Herrmann Hauber, früher protestantischer Theolog, als solcher von der Universität flüchtig, dann Soldat in Algier, in Avignon katholischer, im Waadtlande kalvinistischer Convertit, dann Literat und Publicist, fandte der Augsburger Postzeitung einen Schmähartikel gegen Dr. Elsner ein, wofür Elsner in seiner Chronik tüchtig auf die Postzeitung loschlug. Kürzlich nun war Dr. Elsner auch hier und soll auf seiner Durchreise durch Augsburg von dem Redakteur der Postzeitung, Hrn. Schönbach, einen Widerruf der gegen ihn in der Postzeitung vorgebrachten Schmähungen verlangt, und als Schönbach diese Anmuthung verweigerte, Gemüthung auf Pistolen verlangt haben. Statt dessen aber machte Hr. Schönbach die Sache in seiner Zeitung bekannt und zeigte die Forderung nebst dem Cartellträger, Dr. Binder, bei der Polizei an, worauf letzterer aus Augsburg verwiesen wurde. Wahrscheinlich in Folge dieser Geschichte hat Schönbach auf eine so auffallende Weise seine Mitarbeiterschaft an der Postzeitung in Abrede gezogen, um nicht auch mit zu den genannten Personen gerechnet zu werden.

Deserreichen.

Wien. — Am 27. März leistete der Erzherzog Stephan seinen Eid als Statthalter des Königreichs Ungarn. Gegenwärtig waren der Kaiser, der zweite Kanzler Graf v. Apponyi und der Hofrath v. Bártók, welcher den Vereidigungsact sofort in das Corpus juris eintrug.

Galizien.

Krakau, Ende März. Die Nachrichten aus dem Königreich Polen, über die zu Ostern zu erwartende Ankunft des Czaren nebst dem Großfürsten Michael in Warschau, nehmen immer mehr zu. Schon gilt dies als eine durchaus gewisse und ausgemachte Sache, so wie auch die großartige Veränderung in der Verwaltung und allen Zuständen von Russisch Polen, die man mit jenen Anwesenheiten wie auch mit der Ansammlung bedeutender Streitkräfte in diesem Lande in Zusammenhang bringen zu müssen glaubt. — Vor Kurzem ist in dem Jasloer Kreise ein Pächter von den Bauern getödtet und vollständig ausgeplündert worden. Auch melden leider Briefe aus der dortigen Gegend, daß jenseits der Karpathen, wo bekanntlich in den nördlichen Komitaten von Ungarn die Noth und das Elend

bedeutend groß ist, sich ähnliche traurige Symptome einer Bauernbewegung gegen den land- und gelbbesitzenden Adel wahrnehmen lassen. Man will dies mit der Thatsache in Zusammenhang bringen, daß seit dem Tode des Palatinus sich in Ungarn eine gegen die Regierung sehr entschiedene Opposition bemerkbar mache, deren — natürlich dem Adel angehörige — Mitglieder, jene hohe Reichswürde fortan für einen gebornen Ungarn, nicht einen K. K. Prinzen beanspruchen zu müssen glauben. — In Bielitzka sind Seelenmessen für die in Galizien während des vorigen Jahres „Er mordeten“ gehalten worden. Auch hat sich eine Untersuchung entwickelt, da die Bogusz u. s. w. in den amtlichen Berichten nur als „gestorben“ angegeben sind. Es ist überhaupt eine schwierige Lage, Galizischer Gutsbesitzer zu sein. Sie sind zum Beispiel von der Regierung beauftragt, von ihren Bauern die Staatsabgaben einzuziehen. Dafür müssen sie mit ihrem Vermögen haften, und an sie hält man sich, wenn die bäuerlichen Geldabgaben nicht eingehen. Nun sind wegen der geringen Anzahl Städte auf verschiedenen Punkten des flachen Landes K. K. Steuereinnahmer stationirt, um von den Gutsbesitzern der Umgegend jene Steuern in Empfang zu nehmen. Bei der vorjährigen Bewegung der Bauern sind nicht wenige jener Steuereinnahmer ermordet und ihre Kassen geplündert worden, und man hält sich nun an die Grundherren. — Die traurigen Verhältnisse in Galizien lassen noch keine Andeutung blicken, woraus man Hoffnung zu schöpfen berechtigt wäre, die anarchischen Zustände gingen ihrem Ende entgegen. Die Bauern haben neuerdings keinesweges ihre Räubereien und Gewaltthaten eingestellt, nur ihre Art Krieg zu führen haben sie geändert. Während ihre früheren Thaten nämlich hauptsächlich den Charakter des Raubmordes zeigten, haben sie jetzt aus unbekannten Gründen vorgezogen, ihre Kriegsoperationen meist als Mordbrenner auszuführen. Daß dieses neue System weit verblühlicher ist als das frühere liegt auf der Hand; ebenso daß sich daraus, insoweit affekurirte Gebäude niedergebrannt werden, eine nicht unbedeutende Verlegenheit für die Feuerversicherungsgesellschaften und nach aller Berechnung eine beträchtliche Anzahl Prozesse entwickeln werden. Daß die Auflösung aller gesellschaftlichen und sozialen Bande nicht nur zur Befriedigung einer zügellosen Habsucht, sondern auch zur Sättigung der Privatrache und anderer schlechten Leidenschaften benutzt wird, wem könnte dies merkwürdig vorkommen? Im Gegentheil, ein jeder, der des Menschen Herz kennt, müßte sich wundern, wenn das nicht oder nur selten der Fall wäre. Es gehört aber zu den alltäglichen Vorkommenheiten.

Frankreich.

Paris den 2. April. Die Nachricht vom Tode des Fürsten Julius von Polignac, ehemaligen Ministers Karl's X., hat sich bestätigt; derselbe ist vorgestern Nachts zu St. Germain en Laye, wo er seit zwei Jahren lebte, 67 Jahre alt an den Folgen zurückgetretener Gicht gestorben. Sein älterer Bruder, der Herzog von Polignac, war ihm zu Anfang dieses Monats vorangegangen. Von drei Brüdern ist nun bloß noch der Graf Melchior von Polignac, ehemaliger Adjutant Karl's X., am Leben. Der Fürst Polignac hinterläßt sechs Kinder.

Die Korvette „Bayonnaise“ wird am 15ten d. von Cherbourg direkt nach China segeln und die neue französische Gesandtschaft dorthin bringen, die ihren Sitz in Canton nehmen und ihren Wirkungskreis auch auf Japan und den ganzen Indischen Archipel ausdehnen soll. Herr Forth Rouen ist das Haupt dieser Gesandtschaft; ihn begleiten Graf Alfred von Noailles, Herr Henry Duchesne und Herr Kleczkowski, letzterer als Dolmetscher. Außerdem wird sich nächstens noch Herr von Montigny, als Konsulats-Agent für Schanghai im nördlichen China, zu Havre einschiffen.

Zu Havre sind vom 26. bis 30. März 50,000 Hektoliter Getreide und 18,833 Fässer Mehl eingegangen und in Marseille vom 25. bis 28. März 105,819 Hektoliter Getreide und 3183 Fässer Mehl.

Der Constitutionnel bekämpft eben so wie die Union monarchique die vom Journal des Débats ausgesprochene Besorgnis hinsichtlich der neuen Erndte; daß der Frost dem Roggen in einigen Gegenden des Südens geschadet, sei nicht von Erheblichkeit und daraus kein Schluß auf die nächste Erndte zu ziehen, und wenn es auch wahr sei, daß die Kartoffel-Erndte wieder weit unter dem Durchschnitts-Ertrag bleiben werde, so würden die Kartoffelfelder doch auf andere Weise nutzbar werden; durch die letzten Erfahrungen bewogen, habe man überhaupt mehr Getreide als sonst gesät, so daß, wenn die Erndte gut ausfalle, wozu noch aller Anschein vorhanden, kein Mangel eintreten werde.

Seit der letzten Rede des Herrn Guizot über die Wahlrechts-Frage hat die Presse ihr aus einer früheren Rede dieses Ministers an seine Wähler zu Lissieux entnommenes Motto, welches sie bisher an der Spitze ihres Blattes trug: „Jede Politik wird auch den Fortschritt versprechen, die konservative allein wird ihn auch geben“, mit einer feierlichen Erklärung entfernt, weil, wie sie sagte, dies Motto nur noch fortan eine Lüge sein würde. Herr Emil von Girardin scheint also mit Herrn Guizot förmlich brechen zu wollen.

Der Moniteur erklärt es für ungegründet, daß die Regierung den Behörden von Bourbon und Mayotte den Befehl zur Räumung der Insel Nosy-Bé habe zugehen lassen; im Gegentheil lauteten alle Nachrichten von dort sehr günstig über die Vortheile, welche diese Insel als Weideplatz für die Heerden zum Verbrauch der Einwohner von Bourbon darbiete.

Die Spanische Gesandtschaft soll gestern sehr beunruhigende Nachrichten über die Bewegungen der Montemolinisten in den an Frankreich grenzenden Provinzen Spaniens erhalten haben. Die Spanischen Konsuln zu Bayonne und Perpignan berichten angeblich, daß baldigst eine allgemeine Waffenergreifung unter dem Ruf: „Es lebe Karl VI. und die Constitution!“ zu erwarten sei.

Der Graf von Deugnot hat in der gestrigen Pairs-Kammer seinen Bericht über eine große Anzahl von Petitionen verlesen, die alle zum Gegenstande hatten um die Abschaffung des Sklaventhums in den Französischen Kolonien nachzusuchen.

Es heißt jetzt, daß die Indische Briefpost zwar künftig, wie seither, über Marseille gehen werde; die Depeschen für die Englische Regierung aber, so wie die Indische Post für Deutschland, würden nach einer definitiven Uebereinkunft zwischen der Englischen Regierung und dem Oesterreichischen Lloyd die Route über Triest nehmen.

Der Infant Don Enrique ist in Toulon von den Blattern befallen worden, jedoch bereits so weit hergestellt, daß er den erhaltenen Besuch des Prinzen von Joinville am Bord des „Souverain“ erwidern konnte.

Die Presse macht jetzt bekannt, daß die Epoque ganz und gar aufgehört habe, nachdem die Actionaire in einer General-Versammlung sie förmlich an Herrn von Girardin verkauft hätten.

Es heißt, Herr Dupin habe mit dem neuen Justiz-Minister, Herrn Hebert, einen sehr heftigen Austritt aus Anlaß der Ernennung des Herrn Delangle zum General-Prokurator am Cassationshofe gehabt; Herr Hebert wollte, wie man sagt, in Uebereinstimmung mit der diesfälligen Entscheidung des Kabinetts, einen gutgesinnten Deputirten zu diesem Posten ernennen, Herr Dupin dagegen verlangte, daß dieser Posten nur nach den Vorschriften der Dienst-Ordnung vergeben werde.

In einer Kohlengrube bei La Graine im Elsaß haben am 23. März 24 Menschen durch die Entzündung der sogenannten bösen Wetter das Leben verloren.

Es ist gestern früh ein außerordentlicher Eilbote nach Madrid abgegangen; derselbe überbringt, außer den gewöhnlichen Depeschen, zwei eigenhändige Schreiben für die Königin Isabella; das eine von der Königin-Mutter, das andere von der Herzogin von Montpensier; man will wissen, die Letztere habe ihrer Schwester, die ihr stets viel Liebe bezeugte, guten Rath gegeben in Bezug auf ihr Verhalten unter den eingetretenen Umständen.

Graf Bresson soll zum Französischen Botschafter in Petersburg ernannt sein und binnen kurzem auf seinen Posten dahin abgehen.

Der Salon der Königin Christine im Hotel der Rue Courcelles war am 26. März zum erstenmale eröffnet; — man bemerkte nur ein Mitglied des diplomatischen Corps, den Neapolitanischen Gesandten, Herzog von Serra-Capriola. Sehr viele Adjutanten und Ehrendamen der königlichen Familie waren anwesend.

Die Patrie will wissen, daß das Scheidungsgesuch des Königs Don Francisco d'Assis am 12. März bei der päpstl. Kanzlei in Rom angekommen sein soll.

In Lissabon sind drei Mitglieder des höchsten Gerichtshofes der Azoren von der Insel St. Michael angekommen, die sich bekanntlich der Insurrektion angeschlossen hat.

Spanien.

Madrid, den 25. März. Der Herald o erklärt die Gerüchte über den Gemahl der Königin Isabella, die Rückkehr der Königin Christine und die bevorstehende Ankunft des Herzogs von Montpensier in Madrid für gänzlich ungegründet. Dasselbe Blatt meldet auch, daß die Regierung ihrem Repräsentanten in Paris die nöthigen Instruktionen erteilt habe, um wegen einer der Königin Isabella von Spanien in dem Pariser Blatte la Patrie zugefügten Beleidigung auf gerichtlichem Wege Genugthuung zu verlangen.

Der Clamor public o sagt, es seien heute sehr ernste Nachrichten aus Portugal eingetroffen; die Lage des Marshalls Salbancha wäre in solchem Grade verzweifelt, daß er den Insurgenten nicht mehr die Spitze bieten zu können glaube, wöfern nicht sofort eine bewaffnete Intervention Spaniens eintrete. Das genannte Blatt theilt zur Unterstützung dieser Angabe nachstehendes Schreiben aus Lissabon vom 19ten d. mit: „Salbancha hat an die Königin seinen ersten Adjutanten geschickt, mit dem Auftrage, ihr zu erklären, daß er ohne eine bewaffnete Intervention Spaniens nichts zu unternehmen vermöge; wenn eine solche Beihilfe nicht erfolge, werde er sich genöthigt sehen, seine Theilnahme an dem Kampfe zwischen der Königin und dem Volk einzustellen, auf den Oberbefehl über das Heer zu verzichten und das Land zu verlassen. Es heißt, in Folge davon stelle die Portugiesische Regierung jetzt das Begehren, daß Spanien sofort ein Armeecorps auf das Portugiesische Gebiet sende.“

Nach einem Bericht aus Cadix vom 20. März haben sich am 6. März zwei Bataillone Freiwilliger, zusammen 700 Mann, unter dem Befehl Maldonado's, des Präsidenten der revolutionären Junta zu Faro in Algarbien, von diesem Ort aus nach Evora zu in Bewegung gesetzt.

Madrid den 28. März. (Journ. d. Déb.) Die Königin hat ihr Ministerium entlassen und ein neues, aus drei gemäßigten Mitgliedern der Majorität und aus drei Mitglieder der sogenannten puritanischen Oppositionsfraktion bestehendes Kabinet gebildet. Die Puritaner sind: Pacheco, Präsident des Ministerraths und Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Salamanca, Finanz-Minister, und Pastor Diaz, Minister des öffentlichen Unterrichts. Die Moderirten: General Mazarredo, Kriegs-Minister, Sotillo, See-Minister, und Benavides, Minister des Innern.

Großbritannien und Irland.

London den 31. März. Der Standard in seinem City-Artikel und der Globe in einem besonderen leitenden Artikel sprechen übereinstimmend die Ansicht aus, daß man die Getreide-Quantitäten, die Amerika liefern könne, sehr überschätze. Die dichtbevölkerten Staaten östlich und südlich vom Ohio und Mississippi hätten in Durchschnittsjahren, wie das vorige war, keiner mehr als ihren eigenen

Bedarf und die gewöhnliche Ausfuhr nach Westindien, Süd-Amerika und Kanada. Also nur aus den westlich vom Ohio gelegenen Staaten, mit ihren reichen Kornbeizen, (Ohio, Michigan, Indiana, Illinois), könne bedeutende Zufuhr erwartet werden, wie die Lockung der hohen Preise sie vermöge, in ihrem eigenen Verbrauch und in der Viehmast etwas minder verschwenderisch zu sein. Also nur wenn die Preise in Europa ferner steigen, sei auf jene Quellen zu rechnen. Dabei macht der Globe noch auf den Mangel an Schiffen und die um 100 bis 150 pCt. gegen voriges Jahr gesteigerten Frachten aufmerksam.

Lord J. Russell empfing gestern, da der Marquis Lansdowne durch Unwohlsein abgehalten war, eine Deputation aus Leeds, an deren Spitze der Lord-Mayor dieser Stadt und Herr C. Baines standen. Dieselbe überreichte ihm eine Petition und Beschlüsse einer Versammlung von Dissenter-Gemeinden gegen die Erziehungs-Maßregeln, welche die Regierung beabsichtigt; die Bittschrift trug über 25,000 Unterschriften. Auch stellte sie in der Audienz, die nahe an eine Stunde währte, dem Minister die verschiedenen Einwürfe, sowohl gegen das Prinzip einer staatlichen Einmischung in das Unterrichtswesen, als auch gegen die Details der Regierungspläne vor und überreichte schließlich dem Minister verschiedene Dokumente, deren Berücksichtigung er versprach.

Aus Dublin erfährt man, daß der Strom der Auswanderung fortbauert, und daß eine Menge Gutsbesitzer ihren Pächtern durch Bewilligung freier Ueberfahrt und einer Geld-Unterstützung bei der Ankunft in Amerika zur Auswanderung behülflich sind. Ein dortiger Auswanderungs-Agent war von mehreren Gutsbesitzern beauftragt, die Ueberfahrt von etwa 8000 Personen nach Kanada und den Vereinigten Staaten zu besorgen; diese sämtlichen Leute erhalten freie Fahrt und freie Kost, so wie bei der Ankunft 1 oder 2 Pfd. St.

Auf der im Bau begriffenen Liverpool-Bury-Eisenbahn ist am 23. März ein Viadukt von 21 Bogen eingestürzt, wovon die 6 letzten vor kurzem fertig geworden waren. Kein Mensch ist dabei verunglückt, weil heftiger Regen das Arbeiten nicht erlaubte. Die Spannung des zuerst brechenden Bogens war 35 Fuß, die der anderen 30 Fuß. Einer der Bogen war als schadhast schon erkannt, und wenn der Regen nicht verhindert hätte, die bereits angeordneten Arbeiten zur Aushebung und zum Neubau desselben an demselben Tage zu treffen, würde das Unglück vielleicht nicht erfolgt sein.

Der neue Spanische Gesandte, Herr Xavier de Isturiz, ist hier eingetroffen.

N i e d e r l a n d e.

Aus dem Haag den 31. März. Se. Majestät der König hat einen großen Theil des gestrigen Tages außer dem Bette zugebracht und in der vergangenen Nacht mehrere Stunden gut geschlafen. Da dieser günstige Zustand auch heute fortbauert, so werden keine Willkür mehr ausgegeben.

B e l g i e n.

Brüssel den 2. April. Der Senat hat die Gesekentwürfe über das Münzwesen und über die Bestrafung der Beleidigungen des Königs und der königlichen Familie angenommen, letzteren mit 24 Stimmen gegen eine, während 3 Senatoren, Graf von Andelot, Herr Vergauwen und Baron von Staffart, an der Abstimmung nicht theilnehmen wollten.

S c h w e i z.

Luzern. — Die gestrige „Katholische Zeitung“ bringt das Antwortschreiben Luzerns auf die Anfrage des Vorortes, betreffend die militärischen Rüstungen des Sonderbundes. Der Hauptgedanke ist natürlich der, daß der Sonderbund nur Vertheidigung beabsichtige und daß die Zeit der Gefahren für ihn nicht vorüber sei.

Bern. In der Rede bei Eröffnung der Sitzung des Großen Rathes am 22. sprach Herr Niggeler sein Bedauern darüber aus, daß man die Berufung des Dr. Zeller zum Vorwande genommen habe, um gegen die Regierung und die neue Ordnung der Dinge aufzuheben. Da diese Berufung bereits früher im Regierungsrath angeregt worden, ohne eine solche Aufregung zu verursachen, so erkenne man daraus, daß man nicht eigentlich Religions-Gefahr dabei sehe, sondern, daß man etwas Anderes suche. Er sei zwar überzeugt, daß diese Aufregung sich legen werde, daß dieser Hebel, den man angelegt, um die neue Ordnung zu sprengen, gebrochen werde, denn das Berner Volk sei zu sehr von der Ungereimtheit überzeugt; doch habe er diesen Gegenstand berühren zu müssen geglaubt. In der Sitzung am 24. März, welche von 8. Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends währte, beschloß der Große Rath mit 118 Stimmen gegen 23, über die Bittschriften gegen Dr. Zeller zur Tagesordnung überzugehen. Die Zuschauer auf der Tribüne brachen bei Bekanntmachung dieses Resultats in stürmischen Beifall aus. Die Mitglieder vom Jura nahmen weder an der Berathung, noch an der Abstimmung Theil.

T ü r k e i.

Konstantinopel den 16. März. Das Journal de Const. enthält Folgendes: „Durch das am heutigen Tage angekommene Französische Dampfschiff „Hella“ erfahren wir aus Athen, daß Herr Kolettis an den hiesigen Griechischen Geschäftsträger, Herrn Argypoulos, eine Note als Erwiderung auf die Notifikation des Pforten-Ultimatums gerichtet und ihn zugleich beauftragt hat, diese Antwort Sr. Excellenz dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten mitzutheilen. In dieser Note beethenert Herr Kolettis, unter abermaliger Abweisung jeder Absicht einer Beleidigung der Ottomanischen Regierung, seinen aufrichtigen Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Griechenland und der Pforte aufrecht zu erhalten; er erneuert jedoch seine Anklagen gegen Herrn Mussurus, stellt die Persönlichkeit dieses Repräsentanten als das einzige Hinderniß zur Schlichtung der zwischen beiden Ländern bestehenden Differenz dar und erklärt,

indem er über die Worte des Ultimatums hinausgeht, daß er bereit sei, dem Diwan alle von ihm gewünschten Genußthunungen zu gewähren, von dem Augenblicke an, als sich derselbe entschlösse, eine andere Person zu Athen zu akkreditiren. Dies ist, wenn wir anders gut unterrichtet sind, der Boden, auf welchen sich Herr Kolettis in diesem Augenblick bemüht, die Negotiationen zu stellen.“

G r i e c h e n l a n d.

Die mehrfach erwähnte Correspondenz zwischen dem Könige von Griechenland und dem Sultan in Betreff der bekannten Differenz wird jetzt in den Times mitgetheilt. König Otto schrieb unterm 1. (13.) Febr. an den Sultan:

„Möge es Ew. Maj. gefallen. Ein verdrießlicher Vorfall droht das gute Vernehmen zwischen den zwei Kronen, welche die Vorsehung uns anvertraut hat, zu gefährden. Dieses gute Vernehmen aber kann für jetzt neu befestigt, für die Zukunft gesichert werden durch eine freimüthige und ehrliche Erörterung. Warum sollte ich zögern, eine solche von freien Stücken zu geben? Ew. Maj. wird, wie ich fest überzeugt bin, die Gesinnungen vollkommenen Vertrauens und tiefer Hochachtung würdigen, welche mir eingeben, einen Schritt zu thun, dessen Zweck ein zu hoher ist, als daß er gemißdeutet werden könnte. Indem ich für eine königliche Gewährleistung die Achtung ansprach, welche derselben gebührte, erfüllte ich in meinem Gewissen eine Pflicht, welche ich im Interesse der souverainen Würde mit voller Sicherheit den Händen Ew. Maj. anvertraut sah. Von dieser Gesinnung bewogen richtete ich ein Wort des Vorwurfs an den Repräsentanten eines Fürsten, für welchen ich eine aufrichtige Zuneigung fühle. Ich wurde dies zu thun nicht bloß durch den einzelnen Umstand veranlaßt, welcher der nächste Beweggrund meiner Worte gewesen zu sein scheint. Seit längerer Zeit verursachte die Haltung und das Benehmen des Hrn. Mussurus, welcher Gegenstand verschiedener Vorstellungen von Seiten meiner Regierung an die Ew. Maj. war, mir große Besorgniß hinsichtlich der Aufrechthaltung unserer freundschaftlichen Verhältnisse, die mir so theuer und so wichtig für die beiden Länder, deren Interessen in so vielen Punkten gemeinsame Sache sind. Indem ich die Unzufriedenheit bezeugte, welche mir nicht sowohl Hrn. Mussurus' Weigerung als die sie begleitenden Umstände erregten, drückte ich damit insbesondere ein Gefühl der Sorge aus, welches Ew. Maj., wie ich nicht zweifle, oft mit mir getheilt haben, der Sie mit edlem Eifer für den friedlichen Fortschritt des Ihrer Regierung anvertrauten Volks arbeiten. Dies ist die wahre und vollständige Erklärung meiner Worte; sie waren bloß an Denjenigen gerichtet, der den hohen Zweck seines Amtes vergaß. Diese Erklärung habe ich für redlich erachtet, vollständig zu geben. Ew. Maj. werden in Ihrer Weisheit die zu fassenden Entschlüsse überlegen. Was mich selbst betrifft, so fühle ich, daß diese freimüthig gegebene Erklärung eben so sehr meinen Pflichten als den Empfindungen meines Herzens entspricht. So hege ich eine feste, ich darf wohl sagen die sichere Hoffnung, Ew. Majestät werden darin einen Beweis finden, daß ich, gleich Ew. Majestät, meine wahre Ehre auf das Hauptgebot des Allmächtigen stelle, und daß es mein wärmster Wunsch ist, die Eintracht zwischen den beiden Kronen aufrecht zu halten, deren Ruhm und Wohlfahrt, weit entfernt Nebenbuhler zu sein, Alles von gegenseitigem Beistande zu erlangen haben. Hiernach stehe ich zu Gott, daß er Euch allerhöchsten, allervortrefflichsten und allermächtigsten Kaiser, unsern vielgeliebten Nachbar und Verbündeten, unter seinem heiligen und wohlverdienten Schutze halten möge. Euer sehr ergebener und aufrichtiger Freund Otto.“

Der Sultan antwortete hierauf unterm 1. März:

„Ich habe den Brief empfangen, welchen Ew. Maj. unterm 1. Febr. an mich gerichtet. Ich bin sehr verbunden für die freundschaftlichen Gesinnungen, die Ew. Maj. darin gegen mich aussprechen, und für den von Ew. Maj. ausgedrückten Wunsch beständiger Aufrechthaltung der zwischen den beiden Staaten obwaltenden glücklichen Beziehungen. Ich beileide mich Euch zu versichern, daß auch mein Herz diese Gesinnungen und diesen Wunsch theilt. Was den heftigen Vorfall anlangt, auf welchen sich jener Brief bezieht, so hat es mir der Würde der beiden Kronen angemessener, sowie passender für die Gegenstände, welche unsere gegenseitige Freundschaft befestigen müssen, geschienen, die Lösung dieser Frage meiner erhabenen Pforte und den Ministern Ew. Maj. anzuvertrauen. Sofort sind die nöthigen Befehle zu diesem Ende gegeben worden. Ew. Maj. werden ohne Zweifel in der Wahl dieser Verfahrensart einen Beweis meiner Hochachtung und aufrichtigen Freundschaft sehen, sowie des Wunsches, Alles zu beseitigen, was dazu dienen mag, den Bestand dieser Freundschaft zu gefährden. Ich bitte Gott, Ew. Maj. immer unter seinem heiligen Schutze zu halten.“

Athen den 18. März. Die Verstärkung der Türkischen Truppen jenseits der Grenze hat ein R. Rescript zur Folge gehabt, daß alle beurlaubten Unteroffiziere und Soldaten unserer Grenzcrops einberufen. Alle Waffenschmiede in Athen und den Provinzen sind in voller Thätigkeit, da die Nachfrage sehr lebhaft geworden, mehr wohl, weil die Bevölkerung Krieg wünscht, als daß sie ihn erwartete.

Bermischte Nachrichten.

Posen, den 7. April. Wie verlautet hat die mit der Prüfung der Seitens der Stadt Posen dem Vereinigten Landtage zu übergebenden Petitionen beauftragte Deputation der Stadtverordneten gestern Nachmittag eine Berathung mit den beiden Landtags-Deputirten, H. Geh. R. R. Naumann und Kaufmann Gräß gehalten, in Folge deren eine schnelle und erfreuliche Einigung darüber zu Stande gekommen ist, welche Wünsche der Stadt die H. Abgeordneten als die Ihrigen zu befürworten bereit sind. Von den früher genehmigten, für den Provinziallandtag bestimmten Petitionen haben durch die Einberufung des Vereinigten Landtags mehrere ihre Erledigung bereits gefunden; rücksichtlich der übrigen fand

(Beilage.)

eine schnelle Einigung statt. Nur in Betreff der Juden-Emancipationsfrage divergieren die Wünsche der Stadtverordneten-Majorität und eines der H. H. Deputirten.

Gräß. — Auch hier hat am 14. März eine theatralische Aufführung zum Besten der Nothleidenden aller Confessionen im Refectorium des hiesigen Klosters stattgefunden. Da die Einnahme bei einem Eintrittspreise die Summe von 107 Rthlr. 25 Sgr. erreichte, konnte nach Abzug der nicht erheblichen Kosten ein bedeutender Geldbetrag dem hier bestehenden Vereine zur Unterstützung Hilfsbedürftiger überwiesen werden.

Berlin. — Am ersten Osterfeiertage war das Kroll'sche Lokal von Besuchern überfüllt. Bei den gelungenen Vorstellungen der Herren Brill und Siegmann und kam auch die optisch-plastische Darstellung der Büste des Ignaz Loyola vor, welche von dem Publikum mit Zischen empfangen, während dem darauf folgenden Bildniß Eugen Sue's lebhafter Beifall gesendet wurde.

Am 29. März Morgens zwischen 3 und 4 Uhr ist das Dominium Hartmannsdorf, bei Landschüt in Schlesien, in Flammen aufgegangen. Sieben Menschen (ein Knecht und 6 Dienstmädchen) erstickten, und, außer anderm Vieh, kamen allein 53 Kühe in den Flammen um.

Von dem neuen Chef des Preussischen Postwesens hegt man allgemein die Erwartung, daß er, sobald die Verhältnisse es ihm irgend gestatten, das ganze Postwesen gründlich den Bedürfnissen des jetzigen dampfbeschwingten Verkehrs anpassen werde. Wie Noth das thut, leuchtet unter Anderm auch aus nachstehenden Zahlen hervor.

Ein einfacher Brief von Berlin bis zur Französischen Grenze kostet 6 Sgr., von da bis Paris 3 Sgr., ein eben solcher Brief direkt von Berlin bis Paris 16 Sgr. Einige Geschäftsleute kamen auf den Gedanken, von hier aus die Pariser Briefe an das Preussisch-Französische Grenz-Postamt zu couvertiren und adressiren mit der Bitte, die Briefe von da bis Paris für die drei 3 Sgr. zu befördern. Man bekam die Briefe natürlich zurück, da diese billigere Beförderung gegen das Reglement der Post verstoßen würde.

Ein mäßiger, broschürter Octavband wird von Paris bis Berlin für 10 Sgr. befördert, während derselbe Band von Berlin bis Paris 1 Rthlr. 15 Sgr. à 20 Sgr. Porto kostet. Ein Schutz-Zoll-Interesse, eine Erschwerung der Literatur-Ausfuhr kann dabei nicht beabsichtigt sein, es ist aber eine sehr bedeutende und für den hiesigen Buchhandel wie für die Deutschen in Frankreich sehr empfindliche Erschwerung, denn die 60—80,000 Deutsche in Paris interessieren sich im Durchschnitt mehr für unsere Literatur, als wir Deutsche in Deutschland. Außerdem ist dieses Porto für die, welche noch an die Gunst und Ungunst der Handels-Bilanz glauben, sehr störend, da die Einfuhr Französischer Literatur die Ausfuhr Deutscher stets bedeutend übersteigt.

Das Mißverhältniß der Post zu den Eisenbahnen tritt hier in Berlin am Grellsten hervor, da alle Tage mehr als 5 große Bahnen aus- und einladen. Ein Centner kostet bis Leipzig mit der Eisenbahn 14 Sgr., ein einfacher Brief aber 3¼ Sgr. Ist der Brief auf etwas starkem Papier geschrieben, macht er doppeltes Porto. Dies erscheint, wenngleich zugegeben werden muß, daß Briefbeförderung etwas ganz Anderes ist, als Güterbeförderung, und daß dem Staate ein Nutzen bei ersterem gebührt, doch als zu sehr außer Verhältniß. Berlin-Leipziger Geschäftsleute fügen jezt viel Müll und Gestein in ihren kleinen Paketen bei, damit sie über 40 Pfund schwer mit der Eisenbahn befördert werden können, als um 20—30 Pfund leichter mit der Post. Daß die Geschäftsleute zu solchen Auswegen ihre Zuflucht nehmen zu müssen, veranlaßt werden, ist gewiß sehr zu beklagen.

Weimar den 3. April. Am 1. April begannen auf der Strecke der Thüringischen Eisenbahn zwischen Weimar und Erfurt die regelmäßigen Fahrten. Von dieser Zeit an bis auf weitere Bestimmung gehen täglich vier Züge zwischen Erfurt und Halle hin und zurück und sind mit den Dampfwagen-Fahrten auf der Magdeburger, Köthen-, Halle-, Leipziger Eisenbahn in Verbindung gesetzt.

Stadttheater in Posen.

Donnerstag den 8. April zum Benefiz des Herrn Rühlking zum Erstenmal: Eines Hochzeitstages Fatalitäten; Lustspiel in 2 Akten von W. Adel. (Manuscript.) — Hierauf: Der Lügner und sein Sohn; Posse in 1 Akt nach Collin d'Harleville von Kurländer. — Zum Schluß: Das Fest der Handwerker; Vaudeville in 1 Akt von L. Angely.

Freitag den 9. April. Zum Dritten- und Letztenmal: Eine Familie; Original-Schauspiel in 5 Akten und einem Nachspiel in 1 Akt von Charlotte Birch-Pfeiffer. (Manuscript.)

Bekanntmachung.

Auf den Antrag ihrer Verwandten und resp. Kuratoren werden die nachstehend benannten Personen:

- 1) Leonhard Dorn, ein Sohn des Schuhmachers Johann Dorn von hier, welcher in den Jahren 1809 bis 1813 in Posen verstorben seyn soll;
- 2) der Schmiedegessele Franz Osiecki aus Krotoschin, welcher in den Jahren 1817 oder 1818 von Krotoschin auf die Wanderschaft gegangen;

3) der Carl Tarent, Sohn des Wirths Lorenz Tarent aus Koskowo, Kröbener Kreises, welcher vor etwa 30 Jahren in die Gegend von Kalisch gezogen und dort zum Militair ausgehoben seyn soll;

4) die Hedwig Ziajka, eine Tochter der Wojciech und Marianna Ziajka'schen Eheleute aus Krotoschin, welche vor ungefähr 40 Jahren nach Kalisch in den Dienst und dann nach Rußland gegangen seyn soll;

5) Hirsch Auerhahn aus Kozmin, welcher vor mehr als 40 Jahren nach Polen gegangen seyn soll;

6) der Tuchmachermessier Andreas Gottlob Seiffert aus Rawicz, welcher vor etwa 40 Jahren in die Fremde gegangen und in Thorn verunglückt seyn soll;

7) der Tuchmacher Carl August Drescher aus Karge, welcher seit 14 bis 15 Jahren verschollen ist;

8) der Tuchmachergessele Christian Bellach aus Schwerin, welcher im Jahre 1808 nach Rußisch Polen gewandert ist und im Jahre 1810 die letzte Nachricht aus der Gegend von Warschau gegeben hat;

9) die Geschwister Radziszewski:

a) Johann, b) Barbara, c) Martin, d) Stanislaus aus Posen, Kinder der Rosalie und Wojciech Radziszewskischen Eheleute, welche seit länger als 15 Jahren verschollen sind, und von denen:

Johann vor 20 Jahren in Przeczlaw gedient haben soll,

Barbara in Warschau ertrunken seyn soll,

Martin im Jahre 1812 als Soldat nach Rußland gegangen, und

Stanislaus vor ungefähr 20 Jahren in Kalisch bei einem Russischen Offizier gedient haben und mit diesem nach Rußland gegangen seyn soll;

10) die Johanna Christiana Jordan, zuerst verheirathete Skorska, später verheirathet an den Doctor Korzyniewski, welche aus Pleschen gebürtig ist, in Kalisch gelebt hat und vor mehr als 10 Jahren von dort verschollen ist;

11) Caspar Zenker aus Skoraszewo, Pleschener Kreises, welcher vor etwa 40 Jahren von dort in die Fremde gegangen ist;

12) die Gebrüder Ferdinand und Samuel

(Die Nahrungsfähigkeit des Brotes und Fleisches.) — Der Moniteur belge veröffentlichte vor Kurzem eine Denkschrift des Professor Märten in Löwen, worin sich dieser über das Verhältniß des im Fleisch und im Brot befindlichen Nahrungsstoffes ausspricht. Das Journal de Liège theilt darauf folgende von mehreren ausgezeichneten Chemikern verfaßte Antwort mit:

„Wir können, sagen diese Herren, nur bestätigen, was Herr Märten über die Nahrungsfähigkeit trockener Stoffe, des Fleisches und des von gebeuteltem Mehl angefertigten Brotes mit vieler Genauigkeit anführt. Wir sind der vollen Ueberzeugung, daß die im Fleische enthaltenen Grundstoffe (besonders die Stickstoffhaltigen) nahrhafter als die Bestandtheile des Weizens sind. Es ist gewiß, daß ein gewisses Volumen Fleisch sättigender (nährender?) als ein gleiches des besten Weizenbrotes ist.

Das Fleisch besteht aus einer Verbindung von Wasser, Faserstoff (fibrine) *) Gallerte (gelatine), Gallert-Extract (osmazome), Eiweißstoff (albumine) Gamasen (blutfärbender Stoff) u. s. w. Die Physiologen sind einstimmig der Meinung, sagt der berühmte Dr. Londe, daß von allen Nahrungsmitteln die faserhaltigen (fibrineux) diejenigen sind, welche sich am längsten in den Verdauungs-Verkzeugen aufhalten, darin die meiste Arbeit verrichten, die meiste Wärme entwickeln, die größte Thätigkeit der Schleimhaut (membrane muqueuse) bewirken, die Absorption der zur Verdauung nöthigen Säfte hervorbringen, ja vorzugsweise durch den Verdauungs-Kanal (canal digestif) am meisten assimilirt werden und den geringsten Rückstand lassen.

Während der Verdauung der faserstoffhaltigen Nahrungsmittel wird die Circulation des Blutes befördert und die thierische Wärme erhöht. Kurz, die faserstoffhaltigen Lebensmittel sind, sobald sie Gallert-Extract (osmazome) enthalten, die erregendsten und nährendsten aller zur Nahrung dienenden Substanzen. Denn ein Nahrungsmittel, in welchem der thierische Faserstoff das Uebergewicht hat, giebt den Organen eine größere Kraft, und wirkt besonders wohlthätig auf solche von ihnen, die am meisten in Anspruch genommen werden.

Der Weizen besteht aus einer Verbindung von Wasser, Kleber (Gluten), Stärkemehl (secule ami lacée) Glucose, Dextrin, Eiweißstoff u. s. w. Es ist bewiesen, daß mehthaltige Nahrungsmittel am schnellsten durch den Magen gehen, die thierische Wärme nur wenig erhöhen und die Circulation nicht merklich befördern.

Das Faktum, daß ein Unterschied in diesen Lebensmitteln stattfindet, ist leicht festzustellen, wenn man die sichtliche Abnahme berücksichtigt, welche alle Functionen und alle organischen Bewegungen erleiden, sobald man von der thierischen zur Mehl enthaltenden Nahrung übergeht.

Mehl gebende Substanzen, als Nahrungsmittel betrachtet, leisten nie so viel, als faserstoffhaltige, besonders wenn es gilt, den Menschen in den Stand zu setzen, schwere Arbeiten zu verrichten oder heftige Kälte zu ertragen. — In seinem schönen Werke über den moralischen und physischen Zustand der Arbeiter, beweist Dr. Villemé bis zur Evidenz die Nothwendigkeit, den Arbeitern Fleisch zur Nahrung zu geben. Wünschen wir daher, daß das Letztere künftig einer größeren Zahl von Personen zugänglich werde und einen größeren Bestandtheil der Nahrung derjenigen Arbeiter ausmachen möge, welchen der Genuß dieser Speise durch den gegenwärtigen hohen Preis derselben versagt ist. Vorzugsweise ist der Genuß des Fleisches denjenigen Arbeitern zu gönnen, welche oft 12 bis 15 Stunden hintereinander in Werkstätten beschäftigt sind.

*) Unter Faserstoff ist in diesem Aufsatze stets thierischer verstanden.

Der Redaction dieser Zeitung ist ein mit zahlreichen Unterschriften versehenes Gesuch zugekommen, Herrn Schauspiel-Direktor Vogt zu ersuchen, Guckow's „Uriel Acosta“ noch einmal im Laufe dieser Woche zur Aufführung bringen zu wollen. Wir erfüllen diesen Wunsch um so eher, als wir glauben, daß Herr Vogt durch Gewährung desselben nur sein eigenes Interesse fördere, indem sowohl Stück als Darstellung ihre Anziehungskraft nicht verläugnen werden.

